

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/197

12. Oktober 1972

Brandt: Diese Wahlen sind zu gewinnen!

Auftakt von Dortmund zeigt Siegesentschlossenheit

Seite 1 / 34 Zeilen

Innere Sicherheit ist kein Wahlkampfthema

Harte Zurückweisung der CDU/CSU-Agitation

Von Richard Lehnert

Innenminister des Landes Niedersachsen

Seite 2 / 46 Zeilen

Umweltschutz - eine Jahrhundertaufgabe

Ebenso wichtig wie die Sicherung des Friedens

Von Peter Schulz

Präsident des Senats und Erster Bürgermeister
der Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 10, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 686 646 / 686 647/
886 648 PPF □

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Brandt: Diese Wahlen sind zu gewinnen!

Auftakt von Dortmund zeigt Siegesentschlossenheit

Die Siegesentschlossenheit der SPD ist in der großen Westfalenhalle in Dortmund mit Händen greifbar. Die Begeisterung um die zündende Rede Helmut Schmidts, der mitreissende Stolz bei der Leistungsaufzählung des Bundeskanzlers und der Jubel um seinen Leistungsappell, schon jetzt und heute an die harte Arbeit zu gehen, die Wahl zu gewinnen: Das alles hebt sich für jedermann erkennbar und deutlich genug von der künstlich angewärmten Stimmung des Wiesbadener CDU-Parteitages ab. Dort wurde zudem ein weiteres Mal klar, daß Dr. Rainer Barzel immer ohne Glanz und Faszination bleiben wird, und daß der Zweifel in seinen eigenen Reihen mehr als berechtigt ist.

Die SPD weiß, welchem Gegner sie sich gegenüber sieht, und sie weiß auch, daß CDU und CSU, die nach Barzels Aufschrei von Wiesbaden "an allen Hecken und Zäunen um den Wahlsieg kämpfen" will, für diesen Sieg zu allem bereit ist und in den nächsten Wochen bis zum 19. November auch zu allem bereit sein wird. CDU und CSU wissen selbst am besten, daß sie weitere Jahre auf den Oppositionsbänken mit den Leuten, die sie jetzt an ihrer Spitze haben, nur schwerlich heil überstehen werden. Schon die bloße Vorstellung, daß eine solche "Mannschaft" tatsächlich in die Kabinettspositionen einrücken sollte, kann auf der anderen Seite aber nur allerschwerste Sorgen bereiten. Helmut Schmidt wußte schon, was er sagte, als er in die Westfalenhalle hineinkam: "Wer Barzel wählt, wer wählt Strauß, und wer Strauß wählt, der wählt die Unberechenbarkeit - der wählt das Unzumutbare!"

In Dortmund wird das Wahlziel der sozialliberalen Partner klar beim Namen genannt: Kein knappes Fotofinish am 19. November, sondern eine wirklich ausreichende Mehrheit für Sozialdemokraten und Freidemokraten. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn der Wahlauftritt von Dortmund sofort zum Volleinsatz aller Kräfte führt, wenn der Auftakt gleich zum Endspurt wird. Willy Brandt gab vor den Parteiführungsgremien das Startsignal: "Diese Wahlen sind zu gewinnen, und weil sie zu gewinnen sind, müssen wir sie auch gewinnen können!"

(ée/ja/12.10.1972/ngy)

+ + +

Innere Sicherheit ist kein Wahlkampfthema

Harte Zurückweisung der CDU-CSU-Agitation

Von Richard Lehnert

Innenminister des Landes Niedersachsen

Die innere Sicherheit ist ein zentrales Wahlkampfthema der CDU und der CSU. Geschickt verbrämt oder auch unverhüllt wird der sozialliberalen Koalition die Mitschuld für eine - wie man behauptet - besorgniserregende Entwicklung der Kriminalität in die Schuhe zu schieben versucht. Ich zitiere aus einem Flugblatt der CDU: "Die Verbrechenslawine gefährdet unsere Bürger. Die SPD handelt nicht". Soweit das Zitat. So wird die Angst vor dem Verbrechen geschürt und in geradezu unverantwortlicher Weise in die Wahlstrategie einbezogen.

Die CDU macht sich das in weiten Kreisen der Öffentlichkeit hartnäckig umlaufende Gerücht zu eigen, die schwere Kriminalität nähme ständig zu. Es kann zwar nicht geleugnet werden, daß die Gesamtkriminalität tatsächlich zunimmt. Bedenkt man jedoch, daß die Diebstahlkriminalität z.B. in Niedersachsen im Jahre 1971 allein 73,5 vH. der Gesamtkriminalität ausmachte, so wird deutlich, wie wenig aussagekräftig pauschale Hinweise auf die Verbrechensentwicklung in Wirklichkeit sind. Hier soll auch nicht der Anstieg der Raub- und Rauschgiftkriminalität in Abrede gestellt werden; verschwiegen wird jedoch von der Opposition, daß die eigentliche Schwerstkriminalität, nämlich Mord und Totschlag sowie die Sittlichkeitsdelikte, mit neun bzw. 29,8 vH. eine stark sinkende Tendenz aufweist.

Dies zu verschweigen und gleichzeitig vom Versagen der Sicherheitsbehörden zu reden, muß einfach als Versuch der bewußten Diffamierung des politischen Gegners gewertet werden.

Alle Versuche, das nicht zu leugnende Ansteigen der Kriminalität in bestimmten Kategorien mit der Sicherheitspolitik der SPD in Verbindung zu bringen, muß mit der gleichen Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Kriminalstatistik der CDU-regierten Bundesländer dürfte hinreichender Beweis dafür sein, daß es sich nicht allein um ein Problem der Sicherheitsorgane handelt, sondern daß die tieferen Ursachen für diese unerfreuliche Entwicklung in erster Linie im gesellschaftspolitischen Bereich zu suchen sind. Überdies kann der überzeugende Nachweis geführt werden, daß seitens der Verantwortlichen alles getan wird, um die Dinge im Griff zu behalten. Daß gerade die SPD hierbei mit der von der Verfassung her gebotenen Behutsamkeit im Hinblick auf die Wahrung der Freiheitsrechte des Einzelnen vorgeht, entspricht nur ihrem freiheitlich-demokratischen Grundverständnis. Umso verwerflicher ist es, diese Achtung vor der Person - auch soweit es verdächtige Straftäter angeht - als Schwäche oder gar - wie es bisweilen geschieht - als verantwortungslos hinzustellen. Daß wir fest entschlossen und auch fähig sind, allen ernsthaft die Sicherheit gefährdenden Erscheinungsformen der Kriminalität Einhalt zu gebieten, dürften die nicht zuletzt in Niedersachsen erzielten Erfolge bei der Bekämpfung der Baader-Meinhof-Bande deutlich gemacht haben.

(-/ja/12.10.1972/ks)

Umweltschutz - eine Jahrhundertaufgabe

Ebenso wichtig wie die Sicherung des Friedens

Von Peter Schulz

Präsident des Senats und Erster

Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

In der immer intensiver werdenden Diskussion zum Thema Umweltschutz ist eine bemerkenswerte und erfreuliche Tatsache festzustellen: Der Bürger überläßt diese Diskussion nicht mehr allein den Fachleuten. Er greift selbst ein und zeigt dabei durch lobhafte Beteiligung und starkes Engagement, wie wichtig ihm die Umweltfragen geworden sind. Natürlich kommen dabei auch Überzeichnungen vor. Dies schadet aber nichts; es hilft vielmehr, die Standpunkte für die Öffentlichkeit und in der Öffentlichkeit zu klären. Ohne engagiertes Mitwirken der Bürger ist Umweltschutz nicht möglich.

Hamburg hat sich bemüht, die Diskussion zu versachlichen. Wir versuchen, die Bürger aufzuklären und über die Problematik des Umweltschutzes nüchtern zu informieren. Wir möchten unsere Bürger auf die Möglichkeiten ihrer ganz persönlichen Mithilfe bei der Bewältigung unserer Umweltschutzprobleme anzusprechen. Wir führen eine Umweltdiskussion auf breiter Basis, wir streben dabei eine möglichst solide Kenntnis der echten Umweltgefährdungen an und sind bemüht um die aktive Mithilfe aller Bürger bei der Bewältigung jener schädlichen Umwelteinflüsse, die wir selbst als einzelner, als Laie beeinflussen können.

Mit dem einzelnen ist zugleich auch die Gesamtheit, sind Staat und Wirtschaft zu großen Anstrengungen aufgerufen, um vernünftige, menschliche Umweltbedingungen zu schaffen. Wenn ich auf die bisher geleistete Arbeit zurückblicke, dann meine ich, daß wir, soweit es um die Entwicklung und die

Verhältnisse im Hamburger Raum geht, mit unseren Bemühungen und dem Echo, das sie in der Öffentlichkeit gefunden haben, schon durchaus zufrieden sein können. Aber wir alle wissen natürlich auch, daß wir trotz vieler günstiger Vorbedingungen unter dem Stichwort "Umweltschutz" vor eine der Jahrhundert-Aufgaben unserer Zeit gestellt sind, vor eine Aufgabe, die für den Fortbestand der Menschheit ein ähnliches Gewicht gewinnen wird wie in dieser Generation die Sicherung des Friedens. Was würde uns der Fortschritt der Technik nützen, wenn es dieser Fortschritt wäre, der mit seinen negativen Erscheinungen unsere Umwelt zerstört? So ernst stellt sich die Frage nach dem Umweltschutz, und an diesem Ernst wird auch das Maß unserer Anstrengungen gemessen werden. Das Gespräch mit dem Bürger, das öffentliche Bewußtsein kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten, der Politik den Boden für sachgerechte, für konsequente Entscheidungen zu bereiten.

Das Thema "Umweltschutz" gewinnt seine Bedeutung aber auch aus der Verflechtung in der Breite. Umweltprobleme und Umweltschutz machen nicht an kommunalen oder staatlichen Grenzen halt. Kaum eine Existenzfrage der Menschheit läßt den globalen Zusammenhang der Probleme so deutlich werden, wie die Notwendigkeit, uns auf allen Kontinenten eine lebenswerte Umwelt zu sichern und zu erhalten. Aus dieser weit über den unmittelbaren Lebensbereich hinausreichenden Verantwortung heraus hat Hamburg die Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern angestrebt und gefördert. Wir haben auf Grund einer hamburgischen Initiative die Einrichtung einer Umweltschutzkonferenz der vier Küstenländer ermöglicht. Eine Umweltschutzkonferenz aller elf Bundesländer gemeinsam mit dem Bund wird vorbereitet. Wir werden unsererseits den Bund bei allen Bemühungen unterstützen, Möglichkeiten und Chancen einer Zusammenarbeit in Fragen des Umweltschutzes über die nationalen Grenzen hinweg zu verfolgen.

Vor uns stehen noch große Aufgaben. Flüsse und Bäche sollen wieder sauber werden, für den Siedbau sind Millionenbeträge eingeplant. Neue Müllverbrennungsanlagen entstehen, der große Erfolg der Aktion "Grünes Hamburg" demonstriert die Anteilnahme der Hamburger an Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Lebenswertes unserer Stadt.

Unsere Entschlossenheit zu weiterem wirtschaftlichen Wachstum steht nicht im Gegensatz zu der Entschiedenheit, mit der wir für die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt eintreten. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Nur auf einer kraftvollen wirtschaftlichen Basis läßt sich die Verbesserung der Lebensqualität für alle Bürger erreichen! Dazu kommen wir nur, wenn uns die Menschen in diesem Lande dabei helfen.

(-ja/12.10.1972/bgy)